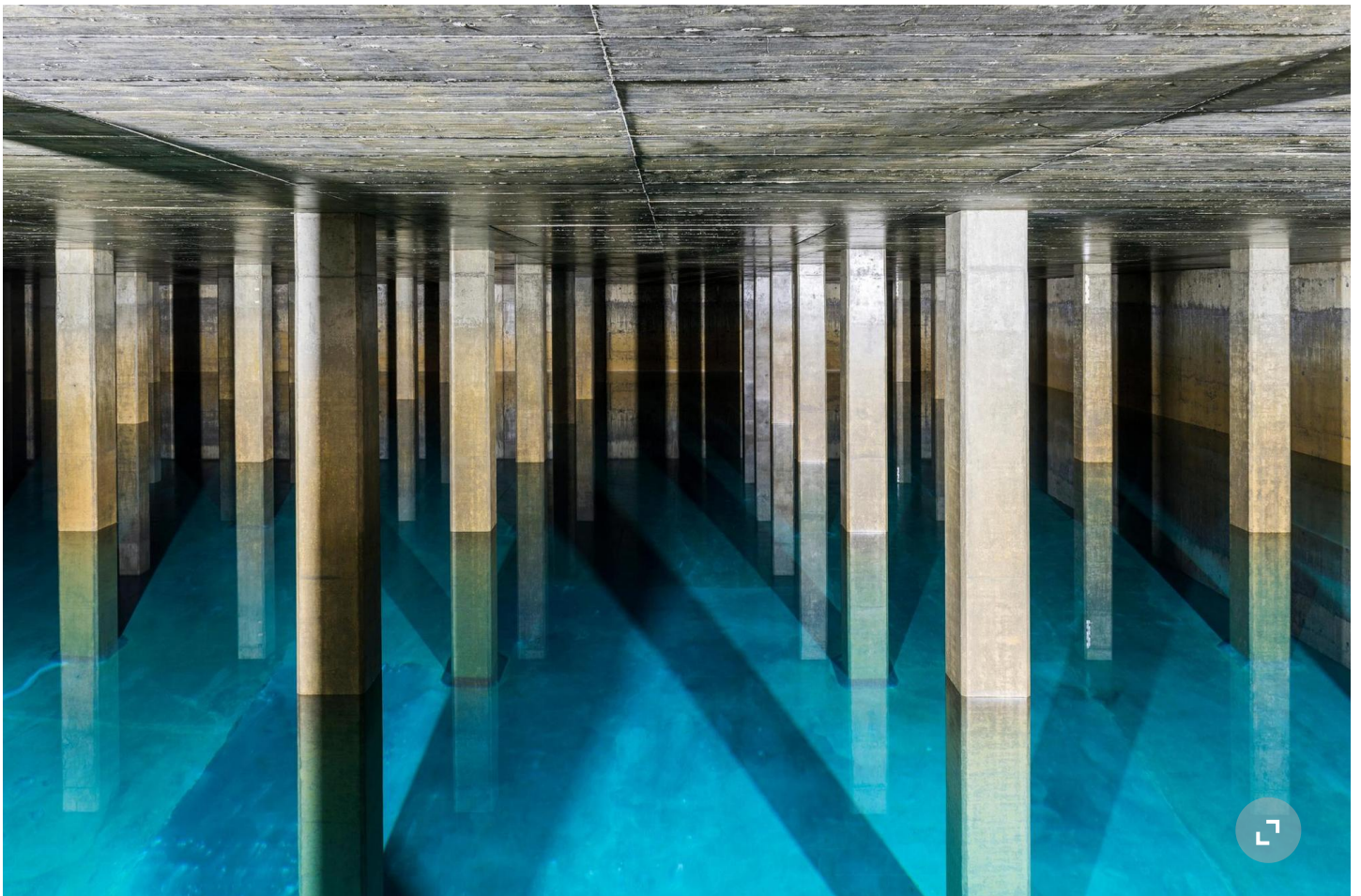


Abo [Kolumne von Rudolf Strahm](#)

Fieser Pestizid-Kuhhandel

Seit Jahrzehnten beherrscht eine Bauern- und Chemielobby unsere Lebensmittelproduktion. Per Initiative kann dem endlich ein Ende gemacht werden.

MEINUNG Rudolf Strahm
Publiziert heute um 06:00 Uhr



Im Reservoir Lyren der Stadt Zürich wird Trinkwasser für Zehntausende Einwohner gespeichert.
Foto: Thomas Egli

Der politische Kuhhandel zwischen dem Bauernverbandspräsidenten [...](#) und den freisinnigen Konzern-Vertretern im Ständerat gehört zur [...](#)

 19

von Politintrigen.

Der Deal ist bereits im August 2020 aufgelegt worden: Ritter versprach den Freisinnigen die Bekämpfung der Konzernverantwortungsinitiative durch den Bauernverband – und im Gegenzug sagten sie ihm die Bekämpfung der ökologischen Agrarreform des Bundesrates zu. Darauf drückte Ritter im Bauernverband die Nein-Parole zur Konzernverantwortungsinitiative durch, obschon manche Landwirte diese zuvor befürwortet hatten.

Dieser Deal ist letzte Woche nun in Erfüllung gegangen: Eine bürgerliche Mehrheit hat nach dem Ständerat auch im Nationalrat die Vorschläge von Bundesrat Guy Parmelin zur Agrarpolitik 22+ «sistiert». Mit dieser Vorlage wollte der Bundesrat den Pestizideinsatz und die Stickstoffüberschüsse in der Landwirtschaft wirksam senken und den Treibhausgas-Ausstoss mindern.

«Sistieren» heisst nun aber Folgendes: Zuerst will diese unheilige Allianz zwischen Bauernverband und Chemieindustrie die Trinkwasserinitiative und die Pestizidinitiative in der Volksabstimmung des kommenden 13. Juni abschmettern. Und wenn der Druck des Volkes dann weg ist, soll im Parlament eine neue Agrarvorlage mit verminderten ökologischen Auflagen und noch mehr Intensivproduktion durchgepaukt werden. Als weiteres Zückerchen für die Chemiebauern beschloss der Ständerat per Motion, die zuvor festgelegten Gewässerschutzräume in der Landwirtschaftszone wieder zu verkleinern; dies zur Konsternation der kantonalen Gewässerschutzämter.

«In der halben Schweiz ist das Grundwasser über die Grenzwerte hinaus belastet.»

Wer die Medien zur Kenntnis nimmt, weiss, dass unser Trinkwasser schon lange in Not ist. In der halben Schweiz, namentlich im Mittelland, ist das Grundwasser mit zu hohen Werten von Pestiziden und deren Metaboliten (Abbaustoffen) über die Grenzwerte hinaus belastet. Von allen Ländern Europas werden in der Schweiz pro Hektare am meisten Pestizide ausgetragen.

In allen Gemüseanbauregionen sind die Grenzwerte bei den Trinkwasserfassungen massiv überschritten. Grenzwertüberschreitungen werden auf Druck der Agrarlobby nur sporadisch bekannt gegeben. Messdaten von Einzelfassungen werden unterdrückt. Erst jüngst wurde zwei Trinkwasserspezialisten im Schweizerischen Verein des Gas- und Wasserfachs ein Maulkorb verpasst, einer davon wurde entlassen. Erst aus zusammengefassten kantonalen Statistiken lässt sich später das Ausmass ermitteln.

WEITER NACH DER WERBUNG



Die Chemikalienzulassung wird diskret von der Pestizid-Lobby diktiert. Obschon die Gefährlichkeit des Syngenta-Fungizids Chlorothalonil seit 2001 nachgewiesen wurde, hat es der Bund erst 2019 gestoppt – erst nachdem die EU es verboten hatte. Auch nach dem Einsatzverbot bleiben in 20 Gemeinden die Thalonilwerte im Trinkwasser um bis zum 20-Fachen überschritten. Chlorierte Kohlenwasserstoffe bleiben während Jahrzehnten im Grundwasser. Per Richterbeschluss verbot die zum chinesischen Staatskonzern ChinaChem gehörende Syngenta den Bundesbehörden, Chlorothalonil als «wahrscheinlich krebserregend» zu bezeichnen.

«Ursache der Überdüngung ist der zu hohe Tierbestand, der mit dem Import von 1,6 Millionen Tonnen Futtermittel gestützt wird.»

Seit den 1980er-Jahren haben wir im Mittelland zudem das Krebsübel von zu hohen Nitratwerten im Grundwasser. Seit 1985 mussten Dutzende, wenn nicht Hunderte Grundwasserquellen abgestellt werden. Das Ausweichen auf entferntere Trinkwasserquellen und Seewasserentnahmen kostete Hunderte Millionen Franken. Gemeinden und Wasserkonsumenten bezahlten. Auch 2019 sind wiederum in 76 Messstellen die Nitratgrenzwerte überschritten worden.

Ursache der Überdüngung ist der zu hohe Tierbestand, der mit dem Import von sage und schreibe jährlich 1,6 Millionen Tonnen Futtermittel aus dem Ausland (für alle Nutztierarten) gestützt wird. Davon sind rund 80% Kraftfutter mit hohem Energie- und Proteingehalt, wie etwa Soja aus gerodeten Urwaldflächen im Mercosur. Zusätzlich zu den 400'000 Hektaren Ackerfläche in der Schweiz werden über solche Kraftfutterimporte etwa weitere 200'000 Hektaren im Ausland genutzt. Viel ökologischer wäre es, wenn zertifiziertes Weidefleisch aus Mercosur-Ländern direkt eingeführt werden könnte.

▼ [Infos einblenden](#)

Ich war Anfang der 1990er-Jahre bei der Agrarreform dabei, als man erstmals die Direktzahlungen an die Landwirte einführte. Die Wirtschaftskommission WAK des Nationalrats beschloss – gegen den Willen des damaligen Direktors des Bundesamts für Landwirtschaft BLW, Jean-Claude Piot –, dass die Hälfte der Direktzahlungsmittel den Biolandwirten zukommen müssen, um deren Marktanteil zu erhöhen. Doch dieser WAK-Beschluss wurde bald darauf von der Verwaltung unterlaufen. Und seither wird getrickst, geschummelt und es werden immer neue Schlupflöcher für die Pestizidwirtschaft geschaffen.

«Der Bauer ist Gefangener und Opfer im Hamsterrad des Produktivitätskarussells.»

In jungen Jahren habe ich als Chemiker in der Schädlingsbekämpfungsforschung bei der Firma Geigy Basel gearbeitet. Sie ist heute dem chinesisch beherrschten Syngenta-Konzern einverleibt. Vierzig Jahre später hatte ich als Preisüberwacher wiederum mit dem Pestizidmarkt, diesmal wegen überhöhter Preise, zu tun. Gerade weil ich die Pestizidchemie kenne, würde ich dezidiert sagen: Der Bauer ist heute schlicht nicht in der Lage, zu beurteilen, was ihm die Berater der Pestizidfirmen andrehen. Er ist gewissermassen Gefangener und Opfer im Hamsterrad des Produktivitätskarussells, selbst wenn er sich der integrierten Produktion verpflichtet fühlt.

Im Januar oder Februar werden jeweils die Landwirte von der Landi einzeln zu einem Bestimmungsgespräch eingeladen. Jeder erhält 15 bis 30 Minuten bei einem «Berater», der zugleich als Verkäufer von Syngenta, Bayer oder Maag wirkt. Früher gab es noch Hofbesuche. Dann wird gemäss Anbauplan und Hektarberechnung für jede Kultur ein Pestizidprogramm errechnet und die Bestellung aufgenommen. Oft gibt es bei Frühbestellungen 10% Rabatt. Die Pestizid-Tonnage wird danach nicht direkt auf den Hof, sondern über die Landi ausgeliefert. So wird der Bauer dauernd an den Fenaco-Konzern mit seinen sieben Milliarden Umsatz und marktbeherrschender Stellung gebunden.

WEITER NACH DER WERBUNG

Mit einem solchen Vertriebssystem wird ein Pestizid-Absenkungspfad ohne Verbote, wie ihn das Parlament als Alibi-Ersatz nun fordert, wirkungslos bleiben. Dieser legt keine Absatzziele fest, ist nicht kontrollierbar, nicht durchsetzbar und wird todsicher wie die bisherigen Aktionspläne umgangen werden. Bloss eine weitere Täuschungsrunde!

«Dass die biologische Produktionsmethode funktioniert, haben unsere Biobetriebe längst bewiesen.»

Der agroindustrielle Komplex aus Syngenta, Fenaco, Agroscope, Bauernverband und BLW steuert diskret, aber wirksam unsere Agrarpolitik. Im Hintergrund wirkt auch die Economiesuisse, deren heutiger Präsident Christoph Mäder zuvor 18 Jahre lang Syngenta-Manager war.

Einzig die rund 7300 Biobetriebe, die 11% Marktanteil beitragen, haben sich diesem Intensivierungskarussell entziehen können. Dass die biologische Produktionsmethode funktioniert, haben unsere Biobetriebe längst bewiesen. Obschon ihre

Produktionspreise nur 10–15% höher liegen, werden die Bio-Produkte im Detailhandel indes 50% teurer verkauft als die konventionellen und IP-Produkte. Würde die Bioproduktion nach einem Pestizidverbot einen marktfüllenden Anteil erzielen, würden deren Handelspreise sicher sinken.

Wir erleben nunmehr dreissig Jahre ökologischen und ökonomischen Agrar-Irrsinn. Es gibt nur einen einzigen realistischen Weg, diesen festgefahrenen agroindustriellen Trend zu brechen, nämlich mit der Trinkwasserinitiative oder der Pestizidinitiative oder mit beiden. Diese streben innert eines Jahrzehnts eine schrittweise Umsteuerung an. Jetzt, nach dem fieser Kuhhandel des Agrobusiness, ist dies erst recht nötig!

Publiziert heute um 06:00 Uhr

19 Kommentare

Ihr Name

Speichern

Sortieren nach:

Neueste



Ueli Leuthold

vor 1 Stunde

....und dann scheitert alles wieder am Ständemehr! Dies ist zu befürchten!

^ | v | Antworten | Melden

marianne pomeroy

vor 1 Stunde

Alle Bauernbetrieben müssten jährlich die Pestizid Werte und der Level der Verseuchung obligatorisch gemessen werden. Wer einen gewissen Wert überschreiten dem sollten unbedingt die Subventionen gekürzt werden. Es kann nicht sein dass wir fehlbare Landwirte, welche die Böden verseuchen, mit unseren Steuern unterstützen.

^ 1 | v | Antworten | Melden

christian b

vor 1 Stunde

Danke für diesen Beitrag.

^ 18 | v | Antworten | Melden

Hans Meyer

vor 1 Stunde

Danke!

Wenn ich aber sehe, was der Durchschnittsbürger im Aldi, Coop usw in den Einkaufswagen legt, so komme ich leider zum Schluss: mir ist es egal, hauptsache billig und ohne Flecken, nett in Plastik verpackt. Leider.

^ 9 | v 1 | Antworten | Melden

Ronnie König

vor 1 Stunde

Kurz gesagt, der Filz arbeitet nicht für das Land, sondern für sich und nimmt wie bei Corona grosse Schäden in Kauf, damit im Kleinen bei sich die Kasse stimmt. Das hat System und ist per se auch nicht neu. Aber oft ging es nicht so offensichtlich und direkt um die Gefahr fürs Leben, siehe Filz und Corona, nun Filz und Gift im Trinkwasser, und in Zukunft Filz und Klima. Langfristig sind die Schäden grösser und zu Lasten von sehr vielen, aber keiner übernimmt Verantwortung. Das Vertrauen erodiert immer mehr, es bilden sich mehr wirre Gruppen bald bei jeder Diskussion, Gemeinsinn und gemeinsame Auffassung bald nur noch in Geschichtsbüchern? Wenn also schräger Vorteil den schon brüchigen Grundkonsens killt, dann sind die Folgen nicht absehbar. Die KVI wurde "nur" durch das Ständemehr verhindert, die Mehrheit war aber knapp dafür - absolut. Kapital und Konservatismus wird immer dreister, weil sie immer mehr verlieren. Grenzwertige Demokratie hat wenig Zukunft letztlich, wenn das was man argumentiert am Ende sich nicht direkt auszahlt und dann eben doch kommt was man verhindern wollte. Man denke ans Bankgeheimnisschluss, Sommerzeit, Energiewende, Frauenstimmrecht usw. also was eigentlich ein aufgeschlossener Mensch gut findet und doch darum gekämpft wird, aber Erhalt des Status Quo nicht geht auf Dauer und die Kosten für den Erhalt schnell steigen. Niemand kann ein Beispiel nennen wo es anders gewesen wäre oder war.

^ 2 | v 2 | Antworten | Melden

Jörg Wirz

vor 1 Stunde

Ich hoffe viele lesen diesen klaren und transparenten Bericht! Danke Herr Strahm

^ 14 | v | Antworten | Melden

Peter E.

vor 1 Stunde

Herr Strahm ist mit seinen klaren, kritischen und kompetenten Beiträgen ein Glücksfall für den Tagesanzeiger, für uns Leser/innen und für die Schweiz. Vielen Dank!

^ 28 | v 1 | Antworten | Melden

Christoph Kühner

vor 2 Stunden

Sehr guter Artikel Herr Strahm. Hoffentlich lesen ihn viele und reagieren dann entsprechend. Ich war selbst in einem Dorf als die Grundwassererschliessung gestoppt werden musste und dann Wasser aus einem Fluss weither gepumpt wurde.

^ 38 | v 2 | Antworten | Melden

Adi F.

vor 2 Stunden

Klare Worte- Danke, Rudolf Strahm!

Erschreckend, wie gerade die besonders "heimatverliebten" Parteien die Schweizer Natur vor die Hunde gehen lassen. Das liberale "die Wirtschaft wirds schon regeln" hat definitiv ausgedient.

^ 49 | v 2 | Antworten | Melden

E.Dettwiler

vor 2 Stunden

Danke. Sehr richtig! Ohne Zeichen setzen geht es nicht.

^ 49 | v 1 | Antworten | Melden

Christoph Hafner

vor 2 Stunden

Vielen Dank Herr Strahm für diesen ausführlichen Bericht

^ 75 | v 1 | Antworten | Melden

B. Schmidler

vor 2 Stunden

Danke Herr Strahm für die klaren Worte und die anschaulichen Ausführungen. Es ist höchste Zeit für die Kehrtwendung. Und ich denke, die Bevölkerung hat das realisiert und wird es bei den beiden Abstimmungen zum Ausdruck bringen. JA.

^ 83 | v 2 | Antworten | Melden

B.M.

vor 2 Stunden

Skandalöse, mafiaartige Zustände! Ganz klar JA zu beiden Initiativen. Klar, dass die Volkspartei dagegen kämpft, das Volk soll Pestizide saufen...

^ 78 | v 2 | Antworten | Melden

SK

vor 3 Stunden

Es wird das 1. Mal sein, dass ich gleich abstimme wie Herr Strahm.

Die Bauern erhalten Unmengen von Subventionen, das Volk hat mehrfach zum Tierwohl oder zur Umwelt Ja gesagt.

Die bockige Haltung von Ritter und Co nerven mich gleich wie diejenige von Wermuth und Funicello.

Die Initiative nehme ich als FDP-Wähler an, da sauberes Trinkwasser ein rares Gut ist, welches wir kaum mehr schätzen, weil es im Überfluss vorhanden ist.

^ 74 | v 4 | Antworten | Melden

Paul Gwerder

vor 3 Stunden

Die können kuhhandeln, wie sie wollen, mein Ja zur Trinkwasserinitiative steht schon lange fest. Da zahlen wir jährlich Milliarden an Subventionen und erhalten dafür vergiftetes Trinkwasser und erst noch die teuersten Lebensmittel der Welt. Vielen Dank Herr Ritter, aber so nicht!

^ 82 | v 2 | Antworten | Melden

M. Steiner

vor 3 Stunden

Ich bedanke mich - einmal mehr - bei Herrn Strahm für seine sachlichen und transparenten Ausführungen. Es ist bitter nötig und höchste Zeit, dass diese Hintergründe und Tatsachen endlich ungeschminkt ans Tageslicht kommen.

Ritter und Co. wissen sehr wohl um die Ablehnung und Wut bei den Bürgern, sie kalkulieren daher eiskalt mit dem Ständemehr. Es gilt daher, mit den zwei Initiativen den skrupellosen Giftbauern und Chemiebauern die jahrzehntelange Rechnung mit Zinseszinsen zu präsentieren. Sie ist schon lange überfällig.

ES IST GENUG.

Zweimal Ja.

^ 107 | v 3 | Antworten | Melden

Lars König

vor 3 Stunden

...Und dann importieren wir einfach unsere Lebensmittel aus dem Ausland? Sind wir den da sicherer, dass es umweltgerechter zu und hergeht? Und mit Bio Produktion alleine kriegen wir doch nie im Leben die Teller voll. Ich denke es muss ein Mittelweg her. Die beiden Initiativen sind einmal mehr wieder so krass radikal, das finde ich einfach falsch.

^ 10 | v 124 | Antworten | Melden

Nik Reinhard

vor 1 Stunde

[@Lars König](#)

Genau damit rechnet die Bauern-Lobby und meint daher, die Agro-Politik verhindern zu können. Vielleicht müssen wir halt einmal etwas Radikales tun, um sie auf den richtigen Weg zu bringen.

^ 4 | v | Antworten | Melden

R.E. Michel

vor 1 Stunde

[@Lars König](#)

Und wie wär's mal mit Verzicht? Wir müssen nicht täglich Fleisch essen. Zudem, wenn wir mal schauen wieviele Lebensmittel wir wegschmeissen, könnten wir weit weniger produzieren und trotzdem sehr gut leben. Aber wenn natürlich nur die schönsten Gemüsestücke verkauft werden und immer alles in Fülle im Laden vorhanden sein muss, dann geht's halt nur mit dem ganzen Pestizid-Müll.

^ | v | Antworten | Melden

Theo Fiechter

vor 3 Stunden

Wie recht Rudolf Strahm hat!

Unsere hochsubventionierten Bauern vernichten zum einen ihre eigene Lebens- und Arbeitsgrundlage; vergiften das Grundwasser; überdüngen die Böden.

Eigentlich eine Frage der Zeit, bis die Böden so vergiftet sind, dass auch mit weiterem Gift nichts mehr aus dem Boden kommt.

Eine Frage der Zeit, bis wir unser Trinkwasser im Laden kaufen müssen; dasjenige zuhause aus dem Hahnen ungeniessbar ist. Oder wie vielfach im Ausland nach Chlor riecht, weil es aufbereitet werden musste.

Am 13. Juni müssen beide Initiativen angenommen werden: die Trinkwasserinitiative und die Pestizidinitiative!

^ 89 | v 2 | Antworten | Melden

Hans Wälti

vor 3 Stunden

Bravo Herr Strahm. Besser kann man die Trickli und Täuschungsmanöver von Ritter & Co nicht beschreiben. Ein Ja für die Trinkwasserinitiative ist absolut notwendig.

^ 98 | v 2 | Antworten | Melden